Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses der Gemeinde Osterrönfeld am Donnerstag, dem 24. April 2008 um 18.30 Uhr im Feuerwehrgerätehaus, Schulstraße 36 in Osterrönfeld

Beginn: 18.30 Uhr

Ende: 21.40 Uhr

Az.: 021.3213 Na/Ma

Anwesend sind:

a) stimmberechtigt:

Der Ausschussvorsitzende
Herr Hans-Heinrich Kohnke

Die Ausschussmitglieder
Herr Uwe Tödt
Herr Rolf Brandt
Herr Manfred Trompf
Herr Bernhard Kalcher
Herr Matthias Baldes

b) nicht stimmberechtigt:

verschiedene Gemeindevertreter/innen und bürgerliche Mitglieder, Bürgermeister Bernd Sienknecht, Herr Peter Klarmann und Herr Marc Nadolny von der Amtsverwaltung, letzterer als Protokollführer

c) als Gäste:

Herr Escosura von der AC-Planergruppe Itzehoe, Herr Herrmann vom Landschaftsarchitekturbüro BHF und Herr Dr. Burandt von der Fa. Lärmkontor GmbH zu TOP 2) u. 3), Herr Delfs, Inhaber des Café de Cuba und Herr Liß, Osterrönfeld zu TOP 9)

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kohnke, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zu dieser Sitzung mit Schreiben vom 14.04.2008 ordnungsgemäß unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen wurde. Tag, Ort und Uhrzeit der Sitzung sind öffentlich bekanntgemacht worden. Gegen die Einladung werden keine Einwendungen erhoben. Aufgrund der Anzahl der anwesenden Mitglieder ist der Ausschuss beschlussfähig.

Die Tagesordnung wird unverändert beschlossen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Öffentlicher Teil:

1. Einwohnerfragestunde

2. 7. Änderung des Flächennutzungsplanes, Empfehlung für den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

3. B-Plan Nr. 33 b „Kreishafen-Süd, Produktionsfläche“, Empfehlung für den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss
4. Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie, Empfehlung für die Auftragsvergabe
5. Stellungnahme der Gemeinde zum Planfeststellungsverfahren „Neuer Hafen Kiel-Canal“ (Unterlagen sind in der Amtsverwaltung einsehbar)
6. Stellungnahme der Gemeinde zur 41. Änderung des F-Planes und zum planfeststellungsersetzenden B-Plan Nr. 80 „Anschluss B 202/Am Kamp (K 27) der Stadt Rendsburg
7. Fortschreibung des Gebietsentwicklungsplanes, Verschiebung von Wohnbauflächen aus der 1. Priorität
8. Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil:

9. Baugrundstücke der Gemeinde am NOK, Konzept
10. Vorbescheids- und Bauanträge
11. Grundstücksangelegenheiten
12. Verschiedenes

Öffentlicher Teil:

Zu Punkt 1) Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 2) 7. Änderung des Flächennutzungsplanes, Empfehlung für den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss und Zu Punkt 3) B-Plan Nr. 33 b „Kreishafen-Süd, Produktionsfläche“, Empfehlung für den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Herr Kohnke informiert, dass die Tagesordnungspunkte 2) und 3) aufgrund ähnlichen Inhalts gemeinsam beraten werden. Die Beschlüsse zu den beiden Punkten erfolgen anschließend getrennt.

Herr Escosura von der AC-Planergruppe, Itzehoe, erläutert kurz den Geltungsbereich der 7. Änderung des Flächennutzungsplanes und des B-Plans Nr. 33 b. Die Flächennutzungsplanänderung stellt den nördlichen Bereich des Plangebietes als Sondergebiet „Hafen“ und den mittleren sowie südlichen Bereich als Gewerbegebiet dar. Außerdem beinhaltet die Planung die Verkehrsanbindung an die K 27. Der B-Plan Nr. 33 b überplant mit Ausnahme des Sondergebiets „Hafen“ die gleichen Flächen wie die 7. F-Planänderung. Der B-Plan Nr. 33 b legt die innerhalb des Gebietes verlaufenden Erschließungsstraßen fest. Die Flächen nördlich der K 27 und

westlich der Erschließungsstraße sind als Gewerbegebiet (GE) und die Flächen nördlich der K 27, östlich der Erschließungsstraße und die Bereiche südlich der K 27 westlich und östlich der Anbindung an die B 202 als eingeschränktes Gewerbegebiet (GEe) vorgesehen.

Herr Escosura erläutert die der Einladung zu dieser Sitzung beigefügten planungsrechtlichen Festsetzungen hinsichtlich der Art und dem Maß der baulichen Nutzung, der Bauweise, der Baulinien und Baugrenzen sowie der eingeschränkten Zulässigkeit von Nebenanlagen, Garagen und Stellplätzen.

Herr Herrmann vom Landschaftsarchitekturbüro BHF erläutert die Flächen und Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft sowie die Anpflanz- und Erhaltungsgebote, die der B-Plan Nr. 33 b vorsieht. Damit die Gewerbeflächen hinsichtlich ihrer Nutzung nicht eingeschränkt werden, wurde auf Maßnahmen und Festsetzungen im inneren Bereich der Gewerbegrundstücke verzichtet. Die Bepflanzung von Flächen erfolgt nur in den Randbereichen der Grundstücke sowie auf den Stellplatzanlagen und durch die Begrünung der Fassaden. Die Ausgleichsfläche für die Eingriffe beträgt ca. 28 ha, die dem Ökokonto entnommen werden. Zusätzlich wird noch eine Fläche von 6 ha für Magerrasen und von 5 ha für Wald benötigt.

Herr Dr. Burandt von der Fa. Lärmkontor GmbH berichtet über die Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen, oder zur Vermeidung oder zur Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden baulichen und sonstigen technischen Vorkehrungen. Er informiert über die Lärmpegelbereiche und den Schutz vor Gewerbelärm aus dem Plangebiet. Er erklärt, dass ein aktiver Lärmschutz innerhalb eines Gewerbegebietes nicht angemessen ist, weil durch passive Lärmschutzmaßnahmen in Form von beispielsweise Schallschutzfenstern effektivere Regelungsmöglichkeiten bestehen, die dann durch die Baugenehmigung festgelegt werden. Bei der Bewertung der Schallschutzmaßnahmen innerhalb des Gebietes wurden auch die Reflektionen des Schienenverkehrs berücksichtigt.

Bei der weiteren Prüfung hinsichtlich der Lärmauswirkung aus dem B-Plangebiet auf die Umgebung wurde u.a. im östlichen Bereich des Gebietes ein Nachtbetrieb weitgehend ausgeschlossen. Die Straße südlich der K 27 ist nicht im Planfeststellungsverfahren enthalten, deshalb muss eine separate Prüfung durchgeführt werden, ob Ansprüche der Nachbargrundstücke hinsichtlich Lärmschutzes bestehen. Eventuell könnten Ansprüche von der Landwirtschaftsschule bestehen, eine Prüfung stehe noch aus.

Auf Anfrage wird berichtet, dass das Oberflächenwasser des Gebietes über Kanalleitungen gesammelt und direkt in den Nord-Ostsee-Kanal eingeleitet werden soll.

Es wird darauf hingewiesen, dass keine weiteren Einleitungen in die Wehrau erfolgen sollten, weil dieses Gewässer zeitweise bereits bis an die Grenzen ausgelastet sei. Ebenfalls müsse bei dem Planfeststellungsverfahren für die Hafententwicklung Osterönfeld-Neuer Hafen Kiel-Canal, dem Bebauungsplan Nr. 80 der Stadt für die neue Anbindung an die B 202 und weiteren Planungen innerhalb dieses Bereichs darauf hingewirkt werden, dass eine Abführung des Oberflächenwassers aus diesen Flächen direkt in den Nord-Ostsee-Kanal und nicht über die Wehrau erfolgt.

Auf Anfrage wird erklärt, dass die nördlich der K 27 und östlich der inneren Erschließungsstraße gelegene Gewerbefläche innerhalb des FFH-Gebietes liege. Diese Situation sei bei der Ermittlung des Ausgleichs für diese Eingriffe entsprechend berücksichtigt worden.

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig**, die vorliegenden Planunterlagen der 7. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Osterörfeld als Entwurf zu beschließen und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 BauGB, die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 BauGB und der Nachbargemeinden gemäß § 2 BauGB durchzuführen.

Weiter empfiehlt der Ausschuss der Gemeindevertretung **einstimmig**, die vorliegenden Planunterlagen des B-Plans Nr. 33 b „Kreishafen-Süd, Produktionsfläche“ als Entwurf zu beschließen und die öffentliche Auslegung gemäß § 3 BauGB, die Beteiligung der Behörden gemäß § 4 BauGB und die Beteiligung der Nachbargemeinden gemäß § 2 BauGB durchzuführen.

Zu Punkt 4) Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie, Empfehlung für die Auftragsvergabe

Die Ausschreibung der Leistungen zur Erstellung eines Lärmaktionsplanes ist zwischenzeitlich erfolgt und von 3 aufgeforderten Büros sind zwei Angebote vorgelegt worden.

Die Angebote umfassen u.a. die Lärmaktionspläne der zur Gebietsentwicklungsplanung gehörenden Gemeinden, in Los 5 ist das Amt Eiderkanal erfasst. Die Kosten betragen für die Gemeinde Osterrörfeld gemäß Angebot der Fa. Lärmkontor GmbH brutto 14.280,00 € und gemäß Alternativangebot der Fa. Accon GmbH 13.209,00 € (Hauptangebot Fa. Accon GmbH 16.743,30 €).

Das Alternativangebot der Fa. Accon GmbH setzt voraus, dass verschiedene Verfahrensschritte der einzelnen Gemeinden gemeinsam abgewickelt werden können.

Das Angebot der Fa. Lärmkontor GmbH ist im Wesentlichen bei den kleineren Gemeinden niedriger als das Angebot der Fa. Accon GmbH, allerdings ist vorgesehen, bei den größeren Gemeinden, die der GEP angehören, die Kosten über den Strukturfonds zu finanzieren.

Der Angebotsumfang beinhaltet die Abfrage der Grundlagen, Beschreibung des Untersuchungsgebietes und der Lärmquellen, Auswertung der Lärmanalysen, Analyse vorhandener Planungen, Handlungsoption im Rahmen der Aktionsplanung, eine Informationsveranstaltung im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, eine öffentliche Erörterung, die Zusammenfassung für die Meldung an die EU und die Vorstellung des Aktionsplanes.

Die Stadt Rendsburg hat an die beteiligten Gemeinden die Empfehlung gegeben, die Fa. Lärmkontor GmbH zu beauftragen, weil ihr Angebot bei den nicht der GEP angehörenden Gemeinden deutlich niedriger ist und innerhalb der GEP eine Finanzierung über den Fonds für Leitprojekte erfolge.

Der Ausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung **einstimmig**, die Fa. Lärmkontor GmbH, Hamburg, mit der Erstellung des Lärmaktionsplanes für die Gemeinde Osterrönfeld zu beauftragen.

Zu Punkt 5) Stellungnahme der Gemeinde zum Planfeststellungsverfahren „Neuer Hafen Kiel-Canal“

Herr Kohnke berichtet dem Ausschuss, dass der Amtsverwaltung umfangreiche Planfeststellungsunterlagen für das Bauvorhaben „Hafenentwicklung Osterrönfeld-Neuer Hafen Kiel-Canal“ zur Verfügung gestellt wurden. Zusammengefasst enthält die Planung die Bestandssituation des Plangebietes, die Maßnahmebeschreibung des Hafens, die Wegeführung, mögliche Flächen für einen Fährersatzbetrieb, das Spülfeld, Ablagerungen von Aushub, die umliegenden Gebäude, eine FFH-Verträglichkeitsprüfung und das Hafennutzungskonzept.

Es wird auch bei diesem Planvorhaben der Hinweis gegeben, dass keine weiteren Einleitungen in die Wehrau erfolgen sollen, weil dieses Gewässer zeitweise bereits bis an die Kapazitäten ausgelastet sei.

Auf Anfrage berichtet Herr Herrmann, dass der Grundwasserspiegel in der Wehrau durch die baulichen Maßnahmen innerhalb des Hafengebietes unverändert bleibe.

Der Ausschuss beschließt **einstimmig**, dass in der Stellungnahme der Gemeinde Osterrönfeld zum Planfeststellungsverfahren der Hinweis gegeben werden solle, sämtliches Oberflächenwasser direkt in den Nord-Ostsee-Kanal und nicht in die Wehrau einzuleiten. Außerdem solle eine Schüttgutlagerung innerhalb des Hafengebietes ausgeschlossen werden.

Zu Punkt 6) Stellungnahme der Gemeinde zur 41. Änderung des F-Planes und zum planfeststellungsersetzenden B-Plan Nr. 80 „Anschluss B 202/ Am Kamp (K27) der Stadt Rendsburg

Die Stadt Rendsburg hat die Aufstellung der 41. Änderung ihres F-Planes und ihres planfeststellungsersetzenden B-Plans Nr. 80 „Anschluss B 202/Am Kamp (K 27)“ beschlossen und bittet die Gemeinde Osterrönfeld im Rahmen der frühzeitigen Abstimmung mit den Nachbargemeinden um Abgabe einer Stellungnahme. Ziel und Zweck der Planung ist, eine neue Anschlussstelle an die B 202/L 255 mit der Anbindung eines interkommunalen Gewerbegebietes, des Hafengebietes und der Gewerbeflächen für die Fa. REpower und weitere Betriebe herzustellen, weil durch diese Vorhaben der Anteil des Schwerlastverkehrs insbesondere in Richtung A 210 erheblich steigen wird und deutlich längere Beschleunigungsspuren benötigt werden, die bei der vorhandenen Anschlussstelle nicht zur Verfügung stehen.

Der Ausschuss erklärt **einstimmig**, dass bei der Planung keine Einleitungen von Oberflächenwasser in die Wehrau erfolgen sollen, weil dieses Gewässer bei größeren

Niederschlägen bereits maximal ausgelastet sei. Das Oberflächenwasser sollte in Abstimmung mit den anderen Planungen in diesem Gebiet direkt in den Nord-Ostsee-Kanal eingeleitet werden. Weitere Anregungen bestehen nicht.

Zu Punkt 7) Fortschreibung des Gebietsentwicklungsplanes, Verschiebung von Wohnbauflächen aus der 1. Priorität

Dem Ausschuss wird mitgeteilt, dass die Landesregierung aufgrund des demographischen Wandels und der Bevölkerungsabnahme in Schleswig-Holstein von einem geringeren Wohnungsneubaubedarf ausgehe und dieses im Landesentwicklungsplan festlege. Für den Wirtschaftsraum Rendsburg werden die Entwicklungspotentiale über die Gebietsentwicklungsplanung festgelegt, aufgrund des geringeren Neubaubedarfs müssen die Wohnbauflächen der 1. Priorität um 25 % reduziert werden. Ferner wird der Zeitraum für die Umsetzung der Baugebiete in der 1. Priorität von 2010 auf 2015 verschoben.

Ausgehend von dem vorliegenden Entwicklungsplan der Gebietsentwicklungsplanung (Entwurf Fortschreibung Stand 31.10.2007) für Entwicklungspotentiale von Wohnbau- und gewerblichen Flächen empfiehlt der Ausschuss der Gemeindevertretung **einstimmig**, dass die Fläche südlich der B 202, nördlich der Fehmarnstraße und westlich des Aukamps komplett aus der Planung genommen werden solle und diese Flächengröße mit der Zuordnung zur 1. Priorität in die Fläche östlich des Aspelweges und südlich der Eisenbahntrasse, die z.Zt. komplett der 3. Priorität zugeordnet ist, übertragen werden solle. Der Rest des Geländes östlich des Aspelweges und südlich der Eisenbahntrasse solle von der 3. in die 2. Priorität übertragen werden, weil hier u.a. der sich durch die Ansiedlung der Fa. REpower ergebende Wohnraumbedarf gedeckt werden solle. Die in 2. Priorität festgelegte Wohnbaufläche nördlich der K 27 und westlich der Eisenbahnbrücke müsse komplett entfallen, weil dieses Areal direkt an das Hafen- und Gewerbegebiet angrenze und diesen Nutzungszwecken entgegenstehe. Die der 2. Priorität für Wohnbebauung zugeordnete Fläche südlich der K 27 und westlich der Walter-Zeidler-Straße sei bereits für gewerbliche Zwecke bzw. die Anbindung der K 27 an die B 202 vorgesehen und könne deshalb auch in der Fortschreibung als gewerbliche Baufläche dargestellt werden. Die der 1. Priorität zugeordnete Gewerbefläche südöstlich der K 75 und westlich des zur Schaltstation führenden Weges über die A 210 sei bereits als Gewerbegebiet ausgewiesen und könne aus der Fortschreibung herausgenommen werden.

Zu Punkt 8) Sonstiges

Zu diesem Tagesordnungspunkt lagen keine Beiträge vor.

Nichtöffentlicher Teil:

Punkt 9 bis Punkt 12

...

Der Vorsitzende schließt um 21.40 Uhr die Sitzung und dankt für die rege Mitarbeit.

gez. Hans Heinrich Kohnke

Ausschussvorsitzender

gez. Marc Nadolny

Protokollführer